



esse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse
 sse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse
 se - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse
 e - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse
 - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse
 nteresse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse
 teresse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse
 eresse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse

INTERESSE

2024/4

Soziale Information Nr. 4
 Herausgegeben vom
 Fachbereich Gesellschaft und Soziales
 der Diözese Linz

Demokratie ist (k)eine Frage von Ressourcen

Soziale Ungleichheit ist ein wachsendes Problem in vielen modernen Demokratien und hat weitreichende Auswirkungen auf die Funktionsfähigkeit und Stabilität demokratischer Systeme. Sie manifestiert sich in unterschiedlichen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, aber besonders deutlich wird sie im Kontext politischer Partizipation.

von Johannes Webhofer

Hat Österreich gewählt?

Der Zugang in das politische System ist prinzipiell allen Menschen offen. Das System kennt weder Unterschiede betreffend das Geschlecht, Aussehen, Wohlstand, Bildung oder die Zugehörigkeit zu bestimmten Religionsgemeinschaften. Betrachtet man jedoch politische Wahlen, einen Kernbestandteil demokratischer Partizipation, werden drei wesentliche Einschränkungen deutlich: Personale Beschränkungen (z.B. mental Beeinträchtigte oder Strafgefangene), das gesetzliche Wahlalter und die Staatsbürgerschaft (Bauböck 2003). Diese Kriterien sind zwar nicht unumstritten, scheinen aber durchaus gerechtfertigt zu sein. Persönliche Beschränkungen sowie das Wahlalter berücksichtigen u.a. die Schwere strafrechtlicher Vergehen und die Mündigkeit der Bürger:innen, während die Staatsbürgerschaft sicherstellen soll, dass primär jene an Wahlen teilnehmen, die im betreffenden Staat leben und von dessen politischen Entscheidungen direkt und langfristig betroffen sind. Ein Blick auf die Wohnbevölkerung Österreichs im Vergleich zu den tatsächlichen Wahl-

berechtigten zeigt jedoch, dass gerade hier erhebliche Diskrepanzen bestehen. Bei der letzten Nationalratswahl waren etwa 6,34 Millionen Menschen stimmberechtigt. Gleichzeitig konnten rund 1,4 Millionen Einwohner:innen auf-

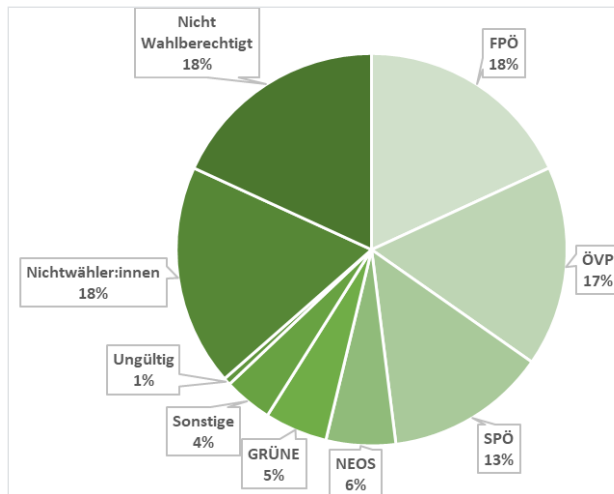


Abbildung 1: Nationalratswahl 2024 – Stimmenanteil Wohnbevölkerung im Wahlalter (16+) [Quelle: bmi.gv.at/Statistik Austria]

grund fehlender Staatsbürgerschaft nicht an der Wahl teilnehmen. Die Zahl der nicht wahlberechtigten, aber in Österreich ansässigen Personen im wahlfähigen Alter ist in den letzten zwei Jahrzehnten stetig gestiegen und macht, wie Abbildung 1 verdeutlicht,

mittlerweile 18 Prozent der wahlmündigen Bevölkerung aus.

Die "Nicht-Wahlberechtigten" setzen sich überwiegend aus Menschen zusammen, die ihren Lebensmittelpunkt in Österreich haben, hier einer Beschäftigung nachgehen und entsprechend Abgaben entrichten. Dennoch scheitern viele an den Hürden zum Erwerb der Staatsbürgerschaft, sei es aufgrund der finanziellen Anforderungen oder des Fehlens einer Option zur Doppelstaatsbürgerschaft. Die ökonomischen Voraussetzungen erweisen sich für zahlreiche Betroffene als kaum erfüllbar: Eine alleinstehende Person benötigt, abhängig von ihrer Wohnsituation und anderen Fixkosten, ein Nettoeinkommen von etwa 2.000 Euro, um die erforderlichen Kriterien zu erfüllen. Da jedoch die Hälfte der österreichischen Arbeitnehmer:innen unter dieser Einkommensschwelle liegt, bleibt vielen trotz Vollzeitbeschäftigung der Weg zur Staatsbürgerschaft verwehrt. Besonders betroffen davon sind einmal mehr Frauen, Alleinerziehende sowie generell Personen mit niedrigerem Einkom-



Demokratie ist (k)eine Frage von Ressourcen

Fortsetzung von Seite 1

men. Dies führt zu einem wachsenden demokratiepolitischen Defizit, da eine wachsende Zahl der hier lebenden Menschen von der politischen Mitbestimmung ausgeschlossen bleibt. Der Vergleich mit anderen europäischen Ländern verdeutlicht, dass Österreich eines der restriktivsten Staatsbürgerschaftsgesetze hat. Die Möglichkeit zur Doppelstaatsbürgerschaft gehört in den meisten europäischen Ländern zum Alltag. Auch die finanziellen Hürden fallen in den meisten europäischen Ländern geringer aus. Die nach Wahlen oft verwendete Schlagzeile „Österreich hat gewählt“ verschleiert also nicht nur, dass eine beträchtliche Gruppe von hier lebenden und arbeitenden Personen ausgeschlossen wird, sondern suggeriert auch, dass diese Menschen nicht zur österreichischen Gesellschaft gehören. Diese Ausgrenzung widerspricht dem Ideal einer inklusiven Demokratie und untergräbt langfristig den sozialen Zusammenhalt.

Sozioökonomische Faktoren

Die politikwissenschaftliche Forschung offenbart aber auch, dass politische Partizipation weit über die Frage der Staatsbürgerschaft hinausgeht. Faktoren wie formale Bildung, ökonomische Sicherheit und die subjektive gesellschaftliche Selbstverortung beeinflussen maßgeblich sowohl das Wahlverhalten als auch andere Formen politischer Beteiligung. Wie Zandonella/Ehs (2020) in ihrer Untersuchung für die Bundeshauptstadt Wien eindrucksvoll nachweisen konnten, variiert die Wahlbeteiligung in den einzelnen Wahlsprengeln, abhängig vom Durchschnittseinkommen oder der Arbeitslosenquote. So zeichnen sich jene Stadtteile, in denen über ein Drittel der wahlberechtigten Wiener:innen leben, durch begrenzte wirtschaftliche Mittel und einen niedrigen sozialen Status aus. Charakteristisch sind hier Berufe mit geringem Ansehen, eine überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit und unterdurchschnittliche Einkom-

men. Entsprechend liegt die Wahlbeteiligung in diesen Gebieten erheblich unter dem gesamtstädtischen Durchschnitt. Politische Partizipation geht weit über die bloße Stimmabgabe bei Wahlen hinaus. Sie umfasst ein breites Spektrum an Aktivitäten: von der Mitarbeit in politischen Parteien oder Bürgerinitiativen über die Teilnahme an Demonstrationen und das Sammeln von Unterschriften für politische Anliegen bis hin zur aktiven Beteiligung an politischen Diskussionen oder zum direkten Einfluss auf Politiker:innen. Bei einem genaueren Blick auf diese vielfältigen Partizipationsformen wiederholt sich das bereits bei Wahlen beschriebene Muster: Menschen mit höherer formaler Bildung und solidem finanziellen Hintergrund engagieren sich deutlich aktiver und gestalten somit die politische Landschaft maßgeblich mit. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass die Stimmen und Interessen sozial schwächerer Bevölkerungsgruppen häufig weniger Gehör finden, wodurch ihre Anliegen tendenziell in den Hintergrund gedrängt werden. Ein gewisses Korrektiv können hier vor allem NGOs und soziale Organisationen leisten, sofern sie professionell organisiert sind und die Anliegen sozial Schwächerer vertreten.

Populismus und populistische Kommunikation

Politik wird heute vorwiegend als kommunikativer Prozess verstanden, und Demokratie ist ohne die politische Öffentlichkeit nicht vorstellbar. Das Internet bietet zwar Vorteile für die politische Kommunikation, schafft aber auch demokratiegefährdende Räume. Dazu gehören verschwörungstheoretische Foren, algorithmische Social-Media-Kanäle, die Filter-Blasen fördern, oder Influencer-Kanäle, die ungenügend reflektierte politische Inhalte verbreiten. Der Digitale News Report 2024 für Österreich zeigt einen wichtigen Zusammenhang: Die Frequenz und Qualität der Mediennut-

zung stehen in engem Verhältnis zu Einkommen, Alter und Bildungsgrad. Diese Erkenntnis enthüllt eine problematische Entwicklung: Während hochwertige politische Berichterstattung oft an sozial schwächeren Gruppen vorbeigeht, findet populistische Kommunikation leichter Gehör. Kennzeichnend für populistische Politik ist ihre Tendenz, komplexe Themen auf simple Lösungsansätze zu reduzieren und dabei häufig Sündenböcke zu präsentieren. Diese Strategie hat weitreichende Folgen: Sie fördert nicht nur die gesellschaftliche Polarisierung, sondern nährt auch die Neigung, bestimmte Gruppen – oft Ausländer:innen – pauschal für diverse Probleme verantwortlich zu machen.

Die zunehmende soziale Ungleichheit stellt jedenfalls eine ernsthafte Herausforderung für moderne Demokratien dar. Nur durch eine aktive Bekämpfung sozialer Ungleichheit und die Förderung inklusiver politischer Prozesse kann die langfristige Stabilität und Legitimität demokratischer Systeme gesichert werden. Dies erfordert ein Umdenken auf vielen Ebenen und ein klares Bekenntnis zur Stärkung der demokratischen Kultur in allen Bevölkerungsgruppen – insbesondere seitens der politischen Parteien.

*Dr. Johannes Webhofer, Politikwissenschaftler
ksæ – Katholische Sozialakademie Österreich*

Quellen:

Bauböck, Rainer (2003): Wessen Stimme zählt? Thesen über demokratische Beteiligung in der Einwanderungsgesellschaft. In: <https://eif.univie.ac.at/downloads/workingpapers/IWE-Papers/WP35.pdf>, 01.10.2024.
Gadringer, Stefan et al (2024): Digital News Report Austria 2024. In: https://digitalnewsreport.at/wp-content/uploads/2024/06/DNR_2024-AT.pdf, 01.10.2024.
Zandonella, Martina/Ehs, Tamara (2020). Die Auswirkungen von sozialer Ungleichheit auf die Demokratie. <https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/api/v1/records/AC17256939/files/source/AC17256939.pdf>, 01.10.2024.

Einsamkeit: Von der Welt getrennt

Einsamkeit als Entfremdungs-Erfahrung von der Welt hat individuelle wie gesellschaftliche Auswirkungen. Gesellschaftliche Teilhabe und Selbstwirksamkeit müssen gestärkt werden.

Martin Schenk, Sozialexperte der Diakonie, Psychologe, Mitbegründer der Armutskonferenz, aktuelles Buch „Brot und Rosen“ im Konturen Verlag.

Es ist für manche schwieriger geworden gemeinsam in einem Lokal zu essen oder zu trinken. „Ich setz mich mit meinen Freunden nicht mehr ins Lokal und ess was. Also früher hat's schon mal geheißt: Leute, ich zahl jetzt. Das gibt es nicht mehr“, erzählt ein Mann in einer aktuellen Erhebung der Armutskonferenz. „Freunde nicht zum Essen einladen können“, ist ein bewährter Indikator der Armutsmessung. Wenn es um Einladungen nach Hause geht, wird hier nicht nur Auskunft über zu wenig Geld gegeben, sondern auch die soziale Scham sichtbar, im Unglück sein Privatestes herzeigen zu wollen. Um den Versuch, die Bedrohung des eigenen Ansehens abzuwehren. Um Selbstachtung. Deshalb ist die Erfahrung gemeinsamen Essens auf Augenhöhe eine so gute Sache. 700.000 Menschen in Österreich, knapp acht Prozent der Bevölkerung, sind in den letzten vier Wochen meistens oder immer einsam gewesen. Hier geht es nicht um die selbstgewählte Einsamkeit in der Askese oder im Wellness-Fasten. Den Unterschied zwischen Einsamkeit und Alleinsein macht die Freiheit. Hannah Arendt fasst das so zusammen: „Ich nenne diesen existenziellen Zustand, in dem ich mit mir selbst umgehe, „Alleinsein“, im Unterschied zur „Einsamkeit“, in der man auch allein ist, aber nicht nur der Gesellschaft anderer Menschen entbehrt, sondern auch der möglichen eigenen.“ Fremd zu mir selbst.

Einsamkeit bedeutet sich von der Welt getrennt fühlen. Spricht man mit Betroffenen, dann äußern sie in der Tiefe: Wir sind hier verlassen worden. Ich bin verlassen. Vergessen und abgelegt. Einsam und isoliert. Die Welt gibt es da draußen, aber ich bin nicht mehr mittendrin. Die Welt ist fremd geworden zu einem selbst. Wer sich von allen

guten Geistern verlassen fühlt, verliert auch das Vertrauen in die Welt rundum, in seine Umgebung, in die Gesellschaft, in die Demokratie. Je einsamer, desto geringer die Wahlbeteiligung und das Vertrauen in demokratische Institutionen.

Folgen für uns alle

Einsamkeit ist kein individuelles Schicksal, sondern geht uns alle an und verursacht Kosten für die gesamte Gesellschaft. Ein Maßnahmenpaket gegen Einsamkeit ist gut für sozialen Zusammenhalt, Gesundheit und Demokratie. Vereinsamte werden anfälliger für Krankheiten, schlittern öfters in eine Depression, verlieren an Mut. Einsamkeit übertrifft viele andere Risikofaktoren wie Übergewicht oder Bewegungsmangel. Je einsamer sich die Befragten fühlen, desto schlechter schlafen sie. Der Schlaf ist ein guter Indikator für Stress und Belastung, ein Brückenkopf zwischen innen und außen. Soziale Isolation geht unter die Haut verändert unsere Beziehung zur Welt. Sie schwächt das Immunsystem der Einzelnen und der Gesellschaft. Einsamkeit wird schlimmer mit Armut, bedrohlicher mit sozialen Krisen und belastender mit schlechter sozialer Infrastruktur. Jede Art, das soziale Umfeld zu verbessern, wird sowohl das Lebensalter anheben als auch die Lebensqualität verbessern.

Teilhabe stärken

Wir brauchen eine gemeinsame Kraftanstrengung in Bund, Ländern und Gemeinden, um die soziökonomischen Ursachen anzugehen und gleichzeitig Einsamkeit vor Ort zu verringern. Wir könnten ein koordiniertes Maßnahmenpaket entwickeln, das Grätzelninitiativen, sozialraumorientierte Projekte, Nachbarschaftshilfe und Commu-

nity-Arbeit gezielt fördert und finanziert. Dabei geht es auch darum, Menschen zusammen zu bringen, die sich gegenseitig unterstützen. Im Mittelpunkt muss die Stärkung und Teilhabe der Bewohner:innen stehen: Tue alles dafür, dass Menschen können, was sie (gemeinsam) tun wollen.

Vertrauen heißt sich der Welt zugewandt fühlen. Einander zu erleben als welche, die Einfluss haben, deren Handeln Sinn macht, wird als „Selbstwirksamkeit“ bezeichnet. Die Welt bekommt einen Sinn. Mit Ohnmacht vergeht dieser „Weltsinn“. Diesen beschrieb der Soziologe Aaron Antonovsky als ein durchdringendes, andauerndes aber dynamisches Gefühl des Vertrauens, dass die eigene interne und externe Welt vorhersagbar ist. Antonovsky betonte, dass dieses „Kohärenzgefühl“ auf gesellschaftliche Bedingungen bezogen sei. Keine Handlungsspielräume haben, weniger Anerkennung bekommen und von Dingen ausgeschlossen zu sein, über die andere sehr wohl verfügen, ist Ausdruck einer sozialen Krise, in der auf Dauer unsere Selbstwirksamkeit und unser Weltsinn leidet. Achtung und Wertschätzung bedeuten, in der Welt gesehen zu werden.

Aus einem Interview mit armutsgefährdeten und sozial prekären Personen: „Bei Freunden, die wohlhabend sind, da rede ich nicht über meine Probleme, weil ich möchte mich nicht klein fühlen, sagen wir so.“ Zu viele Situationen der Einsamkeit, der Ohnmacht und der Beschämung machen die Welt fremd zu einem selbst. „Da ist eine große Sorge, eine große Angst in mir drinnen. Manchmal lasse ich das raus, ich spreche darüber mit meinem Mann und mit Ihnen jetzt. (...) Ich finde auch, es ist peinlich. (...) Meistens behalte ich das bei mir“.

Landgrabbing hat viele Gesichter

Zugang zu Land und natürlichen Ressourcen ist wesentlich für die Verwirklichung des Menschenrechts auf Nahrung und explizit als kleinbäuerliches und indigenes Recht auf UN-Ebene festgehalten. Aber Landraub ist nach wie vor keine Seltenheit.

Als „Landgrabbing“ wird eine Praxis bezeichnet, in der sich internationale Agrarkonzerne, Banken oder Pensionskassen und nationale Eliten in enormem Ausmaß Landflächen sichern. Durch den Prozess, die unmittelbaren Auswirkungen und die breiteren, langfristigen Folgen von Landgeschäften entstehen menschenrechtliche Probleme. Denn den Menschen, die von natürlichen Ressourcen abhängig sind, wird ihr Zugang zu Land, Wasser und Wäldern als Existenzgrundlage verwehrt.

Das anvisierte Land wird in der Regel bereits von Bäuer:innen bzw. traditionellen Fischer:innen und Waldbewohner:innen genutzt. Die Bewohner:innen sind häufig Indigene oder ethnische Minderheiten. Neben zu meist ausländischen Investoren spielen der Staat und lokale Regierungen eine Schlüsselrolle bei diesen Landgeschäften. Sie definieren „verfügbares“ Land, nehmen Umwidmungen und Enteignungen vor und führen (Um-)Verteilungs- oder Aberkennungsprozesse durch.

Falsche Versprechungen

Häufig legitimieren Staaten Vertreibungen, indem die Landvergaben in einen Kontext „sozialer Programme“ eingebettet werden. Doch während vor allem multinationale Konzerne davon profitieren, hinterlassen Projekte auf dem Fundament von Landgrabbing für die Mehrheit der lokalen Bevölkerung langfristig enorme Schäden. So wurden in Sierra Leone unter dem Versprechen Arbeitsplätze zu schaffen riesige Landflächen auf mehrere Jahrzehnte an das Schweizer Unternehmen ADDAX verpachtet – mit gravierenden Folgen für den Land- und Nahrungszugang der lokalen Bäuer:innen. Das dort im großen Stil gepflanzte Zuckerrohr

war als Agrartreibstoff für den europäischen Markt bestimmt, doch dieses „Vorzeigeprojekt“ ist gescheitert. Mittlerweile ist sowohl der Schweizer Investor ausgestiegen, als auch die Entwicklungsbanken die über die Hälfte des Projekts finanzierten. Die Bevölkerung indes hat keine Jobs, immer noch keinen Zugang zu Land und keine Perspektiven. Nach weit verbreitetem Verständnis ist ein Landgeschäft nur dann ein „Landraub“, wenn dabei Menschen vom Land vertrieben werden. Doch dies ist nicht der einzige Weg, auf dem Staaten und Unternehmen die Kontrolle über Ressourcen an sich reißen. In Kambodscha, dem Land mit dem größten Pro-Kopf-Mikrofinanzsektor der Welt, beträgt die durchschnittliche Kredithöhe mehr als das Dreifache des jährlichen Durchschnittseinkommens. Der jährliche Zinssatz liegt bei 18 Prozent. Hunderttausende sind überschuldet. Da die Kredite häufig mit Landtiteln abgesichert werden, führen Zahlungsschwierigkeiten oftmals zu Landverlust und dem Verlust der Existenzgrundlage. Bis zu 160.000 Kambodschaner:innen haben so in den letzten Jahren ihr Land verloren.

Fehlende Rechtsmittel und Kriminalisierung

Der Verlust des Zugangs zu Land ist nicht notwendigerweise gleichbedeutend mit dem Verlust von Landrechten, denn in vielen Ländern wird Land durch informelle oder traditionelle Systeme verwaltet, beispielsweise durch kontinuierliche Bewirtschaftung über Generationen. Da diese Arten des Landzugangs nicht durch Rechtssysteme anerkannt und geschützt sind, verlieren viele Menschen Land, ohne formal enteignet zu werden. Landgrabbing besteht also nicht immer aus

Tina Wirnsberger, Referentin Kleinbäuerliche Rechte, Klimagerechtigkeit, Frauen, www.fian.at

illegalen Praktiken oder Gewaltmaßnahmen, sondern findet häufig auf subtilere Weise statt, gegen die es kaum rechtliche Handhabe gibt. Daher haben betroffene Gruppen in Fällen, in denen ihre Menschenrechte verletzt werden, oftmals große Schwierigkeiten, angemessene und faire Entschädigung zu erhalten.

Menschenrechtsverteidiger:innen, die sich für Landrechte einsetzen, gehören gemeinsam mit Umweltschützer:innen – häufig sind sie beides in einer Person – zu den am stärksten von Gewalt und Kriminalisierung Betroffenen. Die Repressionen reichen von Einschüchterungen, Klagsdrohungen und Verhaftungen bis hin zu Mord. Erst Anfang September meldete CIMI, der Missionsrat für indigene Interessen in Brasilien, dass ein Mitglied der Guarani Kaiowá bei einem gewalttätigen Polizeieinsatz in einer indigenen Wiederansiedelung in Mato Grosso do Sul erschossen wurde. Die indigenen Guarani Kaiowá kämpfen seit Jahrzehnten um Zugang zu ihren traditionellen Gebieten, von denen sie einst vertrieben wurden, um Platz für großflächige Landwirtschaft zu schaffen.

Land ist ein Menschenrecht

Land ist keine Ware, sondern ein Menschenrecht. Dieses umfasst das Recht auf Nahrung, auf Wasser und Sanitärversorgung, auf Gesundheit, auf Wohnen, auf Arbeit und das Recht, am kulturellen Leben teilzunehmen. Ganz besonders die Rechte von Frauen und indigenen Menschen sind eng verbunden mit sicherem, stabilem und gleichberechtigtem Zugang zu landbezogenen Ressourcen.

Die EU und ihre Mitgliedsstaaten müssen verhindern, dass hier ansässige Unternehmen oder auch ihre eigenen internationalen Strategien und

Aktionen zu Landgrabbing beitragen. Das Durchführen von menschenrechtlichen Folgenabschätzungen (HRIAs) und die Überwachung der extraterritorialen menschenrechtlichen Auswirkungen

etwa von Handelsabkommen sind wichtige Schritte zur Abwendung möglicher menschenrechtlicher Schäden. Zudem müssen Unternehmen und Finanzinstitutionen für Men-

schensrechtsverletzungen gesetzlich wirksam haftbar gemacht und Rechenschaftsmechanismen eingeführt werden, damit Betroffene Wiedergutmachung einklagen können.

Erfahrungen aus der Arbeit einer Entwicklungsorganisation

Diakon Martin Mayr leitet die Entwicklungsorganisation 10envolvimento in der Diözese Barreiras, West-Bahia, Brasilien

Die Entwicklungsorganisation 10envolvimento – unter anderem unterstützt von der Missionsstelle der Diözese Linz – will zu einer sozial gerechten, ökologisch vernünftigen und demokratisch bestimmten Entwicklung in West-Bahia beitragen. Ihr Einsatzradius erstreckt sich über das Rio Grande-Becken, welches größtenteils mit den etwa 70.000 km² der Diözese Barreiras zusammenfällt.

Päpstlicher Rückenwind

Die in den päpstlichen Lehrschreiben „Laudato Si“ und „Fratelli Tutti“ ausgeführten Herausforderungen, Prinzipien und Zielen sind für das konkrete Entwicklungs-Engagement von 10envolvimento richtungsweisend: Umweltschutz, Armutsbekämpfung und Demokratie-Förderung müssen Hand in Hand gehen, „alles hängt zusammen. „Wir kommen jedoch heute nicht umhin anzuerkennen, dass ein wirklich ökologischer Ansatz sich immer in einen sozialen Ansatz verwandelt, der die Gerechtigkeit in die Umweltdiskussionen aufnehmen muss, um die Klage der Armen ebenso zu hören wie die Klage der Erde.“ (Papst Franziskus, Laudato Si', 49).

Was 10envolvimento regional begleitet, ist in den großen Kontext der Auseinandersetzung zwischen dem mächtigen Agrobusiness und der traditionellen Landbevölkerung eingebettet. Diese Auseinandersetzung hat eine soziale und eine ökologische Dimension mit starken Auswirkungen in der

Klima-Frage, im Artenschutz, in der Land-Stadt-Migration, etc. Im Hintergrund stehen die grundsätzlichen Fragen zu Ernährungssicherheit und Gesundheit. Das große Agrobusiness stellt sich als Garant für die Versorgung der wachsenden Weltbevölkerung dar. Von jenen Institutionen, die sich wissenschaftlich mit der Zukunft unseres Planeten befassen, wird dagegen mit steigendem Nachdruck festgestellt, dass das agroindustrielle Modell der Agrarproduktion zum Kollaps der Öko-System führen wird, und dass die vom Agrobusiness forcierten Ernährungsgewohnheiten massenhafte Gesundheitsprobleme auslösen (Fettleibigkeit, Bluthochdruck, Krebs).

Zusammenarbeit

10envolvimento arbeitet in direktem Kontakt mit eingesessenen Kleinbauern-Gemeinschaften, Fischern, Landarbeiter:innen, Landjugend-Gruppen, Basisgemeinden etc. Die dabei gewonnenen Erfahrungen sind sehr wichtig für die Mitarbeit an öffentlichen Konzepten und Programmen für die ländliche Entwicklung, den Ressourcenschutz, die Wasserversorgung etc. 10envolvimento wurde in einige Gremien gewählt, die sich als Bürgerräte konstituieren und Kompetenzen für Entwurf, Regelung und Kontrolle über einschlägige politische Maßnahmen in den genannten Bereichen haben. In diesen Gremien (Rat zur Wassernutzung im Rio Grande-Becken, Landes-Rat für Umweltschutz, Landes-Rat für Wasserversorgung, etc.) bringt 10envolvi-

mento konsequent die Perspektive der eingesessenen Landbevölkerung ein. Damit sind viele Konflikte mit Unternehmer:innen, Großgrundbesitzern, Landspekulanten etc. verbunden.

Glücklicherweise hat sich 10envolvimento aber auch schon viel Anerkennung seitens der Justiz, der Universitäten und fortschrittlicher Politiker:innen gesichert.

Impulse

Sehr wichtig ist auch die Zusammenarbeit mit großen Nichtregierungsorganisationen, die auf internationaler Ebene für den Natur- und Klimaschutz bzw. für Menschenrechte und indigene Völker kämpfen. 10envolvimento ist an konkreten Arbeiten der Organisationen WWF, AidEnvironment, Earthsight und Mighty Earth beteiligt. Außerdem unterstützt 10envolvimento die lokale Bevölkerung in etlichen Landkonflikten. Einige haben sich im Berichtszeitraum entschärft, andere haben sich verstärkt. Auseinandersetzungen im Gebiet zwischen den Flüssen Preto und Sapso wie am Unterlauf des Rio Grande.

10envolvimento versucht, die traditionellen Kleinbauern-Familien in ihrer religiösen Praxis zu unterstützen und den Gemeinschaften Impulse zu vermitteln, die sich den Basis-Gemeinden, den Anstößen Papst Franziskus' und der Befreiungstheologie verdanken.

Quelle: <https://www.dioezese-linz.at/missionsstelle>

Rechtsextremismus und Jugend – Jugendlicher Rechtsextremismus?

Rechtsextremismus nimmt im Alter zu. Studien zeigen jedoch eine erhöhte Anfälligkeit bei Jugendlichen. Wie kann dem entgegen gewirkt werden?

Andreas Peham, Rechtsextremismusforscher im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW)

Es ist Teil gesellschaftlicher Entlastungsstrategien, den Rechtsextremismus auf ein Jugendphänomen zu reduzieren. Wenn sich dann auch noch die Präventionsangebote nur auf diese Gruppe beziehen, werden Jugendliche kollektiv zum Problem erklärt und unter Generalverdacht gestellt. Nicht selten erfüllt sich dann die negative Prophezeiung, werden Jugendliche zu jenem Problem, als das sie Erwachsene sehen. Aber auch wenn Rechtsextremismus kein Jugendphänomen ist und rechtsextreme Einstellungen im Alter zunehmen, so weisen doch (deutsche) Studien auf eine erhöhte Anfälligkeit von Jugendlichen hin. Verstärkt wird dieser Eindruck durch die Auffälligkeit, die Rechtsextremismus unter Jugendlichen eignet: Er drückt sich vor allem auf der Verhaltensebene und hier oft gewalttätig aus. Aber auch die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, die oft am Anfang der Fanatisierung steht, scheint unter den 14- bis 16-Jährigen verbreiteter zu sein als unter jungen Erwachsenen. In Österreich zeigte sich dies zuletzt im Zusammenhang mit dem Antisemitismus, der in seinen meisten Ausdrucksformen bei der Gruppe der jüngsten Befragten die höchsten Werte aufweist.

Unsichere Bindungen

Es stellt sich darum die Frage, ob an der Adoleszenz etwas ist, das dem Rechtsextremismus entgegenkommt und Fanatisierung begünstigt. Insbesondere entwicklungstypische Ängste und Konflikte erscheinen Jugendlichen, zumal durch frühe Gewalterfahrung und lieblose Erziehungsstile vorentmutigte, oft nicht anders als unter Zuhilfenahme rechtsextremer Angebote bewältigbar. Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen kindlichen Gewalterfahrungen und der Übernahme rechtsextremer Einstellungen

im Jugendalter. Neben den politischen Einflüssen von Bezugspersonen prädisponieren also vor allem bestimmte (lieblose bis gewalttätige) Beziehungsstile zum Rechtsextremismus. Vor dem Hintergrund unsicherer Bindungsverfahren entsteht eine Haltung im Alltag, die von Misstrauen und Angst geprägt ist und überdurchschnittlich anfällig für rechtsextreme Angebote macht. Diese geben dem unbestimmten Unwohlsein konkrete Objekte, die dann gefürchtet und gehasst werden können. Insbesondere ungelöste Ambivalenzkonflikte, die unerträglichen Spannungen zwischen Liebe und Hass gegenüber ein und demselben Objekt, dienen Rechtsextremen als Antrieb und als Schlüssel zum Gefühlsleben der Jugendlichen. Schon am Faschismus war das Jugendbewegte nicht nur Inszenierung, sondern hatte einen wahren historischen Kern in der autoritären Rebellion gegen die Elterngeneration. Dies gilt noch mehr für den Neofaschismus: Die jugendliche (männliche) Faszination an der Identitären Generation mit ihrer „Kriegserklärung“ an die dekadente und verkommene Gesellschaft ist vollständig nur vor diesem Hintergrund zu verstehen.

Multiple Krisen

In sozialpsychologischer Betrachtung erscheint der Rechtsextremismus als autoritäre Rebellion, wie sie von Erich Fromm schon am faschistischen Beispiel analysiert wurde. Die Auflehnung ist nur oberflächlich und richtet sich gegen Autoritäten, die ihre Macht einbüßten oder einzubüßen scheinen. Das autoritär-rebellische Ressentiment richtet sich gegen Politiker, die mit dem alten System identifiziert werden und als zu schwach scheinen, um die Krise zu meistern. Nicht zuletzt darum sind Krisen und ihre paranoischen Verarbeitungsweisen das emotionale Schmiermittel rechtsextremer Agitation.

Als Angstpolitik greift der Rechtsextremismus systematisch Ängste auf, um sie zu verstärken und sich nutzbar zu machen. Gezielt vermischt die Agitation reale Gefährdungen mit inneren Bedrohungen. Den Unsicheren verspricht er Sicherheit, den Ängstlichen Geborgenheit im sozialen Uterus der homogenisierten Nation. Die quasi-religiöse Eigenschaft des Rechtsextremismus, das Leben in langen Reihen aus heldenhaften Ahnen („Opa war kein Verbrecher!“) und das Sicherheitsversprechen des angeblichen Einklanges mit einer natürlichen Ordnung, macht einen Großteil seiner Erfolge aus: Er verspricht eine widerspruchsfreie Welt, an der alles an seinem Platz und immer gleich bleibt, das Eigene und das Fremde sich nicht mischen, niemand aus der Reihe tanzt (aber eben auch keiner Verantwortung übernehmen muss), es für alles einen Schuldigen gibt – der Rechtsextremismus verspricht Orientierung, Sinn, Sicherheit, Macht und Stärke. Genau das macht ihn für Jugendliche, die sich gerade durch die entwicklungstypische „Identitätsdiffusion“ quälen so attraktiv. Und weil Adoleszenz auch bedeutet, sich selbst fremd zu werden, kann sich leicht eine affektive Nähe zu den fremd Gemachten herstellen. Diese werden dann oft zu Projektionsflächen der eigenen Fremdheit.

Emotionen ansprechen

Da Rechtsextreme gerade gegenüber Jugendlichen kaum auf kognitiver Ebene agieren, macht es so wenig Sinn, mit rationalen Argumenten dagegen zu halten. Stattdessen sollte versucht werden, hinter die adoleszenten (oft provokanten) Inszenierungen zu sehen und vorsichtig die zum Vorschein kommenden inneren Ängste, Wünsche und Konflikte zum Gegenstand zu machen. Dazu braucht es jedoch die Fähigkeit von Päd-

gog:innen und Jugendarbeiter:innen, sich an die eigene Adoleszenz erinnern zu können. Auch sind rechtsextreme Deutungsmuster beharrlich und können nicht einfach durch richtiges Wissen ersetzt werden, weil sie als praktische Problemlösungsstrategien in den Lebenswelten der Jugendlichen verankert sind. Präventionsanstrengungen sollten darum die subjektive Funktionalität rechtsextremer Einstellungen zu berücksichtigen und die Vergrößerung von sozialen und politischen Kompetenzen (v.a. Medien-, Weltdeutungs- und Handlungskompetenz) zum Ziel zu haben. Denn je größer die Fähigkeit die Welt zu begreifen, desto geringer die Wahrscheinlichkeit auf rechtsextreme Deutungsangebote zurückzugreifen.

resse - interesse - interesse - interesse - interesse
sse - interesse - interesse - interesse - interesse - in
se - interesse - interesse - interesse - interesse - in
e - in

BÜCHER

Folgende Bücher sind im Fachbereich Gesellschaft und Soziales entlehnbar:

Über Kriege und wie man sie beendet. Zehn Thesen. C.H. Beck Verlag, München 2024, 208 Seiten.

Alle Welt ersehnt sich den Frieden, aber wie kann er erreicht werden? Durch einen Sieg einer Seite oder durch Verhandlungen? Ein Blick in die Geschichte zeigt die oft verschlungene Wege zum Frieden die sich nicht ein zu eins auf heutige Konflikte übertragen lassen. Historisches Wissen macht offen für das Verständnis unserer Gegenwart. Einige Kapitelüberschriften lauten: Echte Entscheidungsschlachten sind selten, je länger ein Krieg dauert, desto schwieriger wird seine Kontrolle. Ein „fauler Frieden“ kann den Krieg verlängern. Es gibt keinen Frieden ohne Kommunikation, und wer die Besiegten demütigt, macht den Frieden zum Waffenstillstand. Wenn die Verträge unterschrieben sind, beginnt die Arbeit am Frieden. Ein insgesamt lohnender Blick in die Kriegs- und Friedensgeschichte.

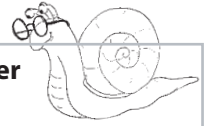
A. Halbmayr, J.P. Mautner (Hg.): Friedenethik der Zukunft. Zugänge, Perspektiven und aktuelle Herausforderungen. transcript Verlag, Bielefeld 2024, 240 Seiten.

Eine „Zeitenwende“ hat der Angriffskrieg der Russischen Föderation auf die Ukraine ausgelöst. Die Nachkriegsordnung und die Europäische Sicherheitsarchitektur wurden+ in Frage gestellt und damit die Wahrnehmungsmuster von Krieg und Frieden. Besonders die Friedenethik, die das Fundament für gerechtes Handeln und Orientierung bieten soll, scheint tief verunsichert. Bis dahin hat sich ein Friedensverständnis entwickelt, das umfassende Sicherheit, Gewaltverbot, soziale Gerechtigkeit, Menschenrechtsschutz, Asylrecht, Gendergerechtigkeit, fairen wirtschaftlichen Austausch und die Weiterentwicklung internationalen Rechts und internationaler Institutionen beinhaltet. Anhand des Kriegs in der Ukraine und des Israel-Palästina-Konflikts, der Asyl- und Migrationspolitik wird die Wichtigkeit einer neuen Friedensethik sichtbar.

S. Thieme: Wohlstand. Ideengeschichtliche Positionen von der Frühgeschichte bis heute. Verlag Barbara Budrich GmbH, Opladen & Toronto 2024, 316 Seiten.

Der Begriff „Wohlstand“ lässt sich schwierig definieren. Es bestehen verschiedene Verständnisse nebeneinander. Das vorliegende Lehrbuch für Studierende der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften entstand aus einem Forschungsprojekt der ksoe. Normalerweise ist Wohlstand ein Begriff der Wirtschaftswissenschaft und hat eine gewisse Nähe zu Wohlfahrt und Gemeinwohl. Ein Hauptteil beschäftigt sich mit „ideengeschichtlichen“ Schlaglichtern, von ersten Zeugnissen ökonomischen Denkens bis zur Entwicklung der Marktwirtschaft. Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der Darstellung von Wohlstand in deutschsprachigen ökonomischen Lehrbüchern und welche Narrative diesen Begriff begleiten. Vor allem für Studierende und Interessierte ein umfassendes Fachbuch zu einem wichtigen Thema.

Schmähstad unter blauem Himmel



In den vergangenen Wochen ist mir der Schmäh ausgegangen. Wahrscheinlich muss ich Ihnen nicht ausdeuten, was mich plagt. In dieser Kolumne darf ich ja so tun, als sei ich der Pfarrer, der zum Chor predigt. Sie lesen das „Interesse“, weil Sie Solidarität nicht für linkslinke Romantik halten. Sie halten Impfungen und das Gendern nicht für den Grund für die Rezession. Sie erschrecken wohl auch über „Remigration“ mit „wohltemperierter Grausamkeit“.

Ein Drittel unserer wahlberechtigten, vernunftbegabten Mitmenschen lebt augenscheinlich in einer anderen Welt. Wenn ich mich jetzt dort hinauswage, sehe ich das Gleiche wie zuvor. Carports, Zweitautos, Drittautos, Laubbläser, Pool-Wärmepumpen in den Einfamilienhaus-Siedlungen. Ich sehe die Hochwasserschäden und denke, da müssen tüchtige Leute mit der Reparatur beschäftigt sein. Ich staue mich durch betonierte Gewerbegürtel und höre im Radio, dass Florida evakuiert wird, dabei genieere ich mich, allein im Verbrenner zu sitzen.

Neben mir sitzt einer im BMW, der sich auch Sorgen macht, wegen der Klimahysterie, dem politischen Islam und der Frühsexualisierung seiner Kinder, weil man ihnen in der Schule beibringt, dass es etwas anderes als heterosexuell liebende Männer und Frauen gibt. Der Mann ist in meinem Alter und kriegt einen dicken Hals, wenn er an die Zwangsgebühren für den ORF denkt. Er ist im selben Bezirk zur Welt gekommen, aber er findet, dass es mit der Gleichberechtigung langsam reicht. Mit seinem serbischen Kollegen versteht er sich gut, aber der würde dasselbe wählen wie er, wenn er dürfte.

Das sehe ich, und dann steige ich in die neuen Wanderschuhe und wandere los, denn ich muss mich erholen, bevor ich eine Idee habe, wie es weitergeht.

Ihre Weinbergschnecke

resse - interesse - interesse - interesse - interesse
sse - interesse - interesse - interesse - in
se - interesse - inter

TERMINE

Weihnachten in Puchberg

Mo., 23. Dez. 2024, 18.30 Uhr bis

Do., 26. Dez. 2024, 14 Uhr

Wir wollen den Christbaum schmücken und die Geburt Jesu feiern, miteinander singen, essen und beten – froh und dankbar, dass es Weihnachten gibt.

Organisation: Rosina Leidenfrost, Adi Trawöger

Ort: Bildungshaus Schloss Puchberg Puchberg 1, A-4600 Wels

Information und Anmeldung:

M: puchberg@dioezese-linz.at

www.schlosspuchberg.at

Hoffnung_los

Ein Abend mit Willy & Willi für eine Zukunft, die sich lohnt

Di., 14. Jän. 2025, 19 Uhr

Musik: Willy Horner, Gitarrist, Sänger, Mitglied in mehreren Bands, unter anderem bei Willy & the poor Boys

Texte: Willi Seuffer-Wasserthal, BZ Maximilianhaus, Vielleser

Ort: Maximilianhaus, Gmundnerstraße 1b, 4800 Attnang-Puchheim

Information und Anmeldung:

M: maximilianhaus@dioezese-linz.at

www.maximilianhaus.at

IN EIGENER SACHE:

Dieser Ausgabe der sozialen Information „Interesse“ liegt ein Zahlschein für das Jahr 2024 bei.

Wir bitten Sie, uns auch in diesem Jahr, wieder einem

Druckkostenbeitrag von 10 Euro zu unterstützen.

IBAN:

AT37 5400 0000 0001 6972

Verwendungszweck:

430831231 Druckkostenbeitrag „Interesse“

Falls Sie bereits in diesem Jahr überwiesen haben, bedanken wir uns herzlich!

Ihr Redaktionsteam

Hallstatt im Spiegel

Was der Massentourismus mit der Seele eines Ortes macht – Diskussion und Buchpräsentation. Buch: Selbe Stadt, anderer Planet

Mi., 12. Feb. 2025, 19 bis 20.30 Uhr

Der historische Ortskern von Hallstatt wurde 2012 spiegelverkehrt nachgebaut. Das Dorf wird an Spitzentagen von bis zu 10.000 Menschen besucht, dies entspricht dem Zehnfachen seiner Einwohner:innenzahl.

Was macht es mit den Bewohner:innen einer von Übertourismus betroffenen Stadt, wenn der eigene Lebensraum durch die Vereinnahmung von Tourist:innen verändert wird, wenn kein öffentlicher Bereich mehr für die Einheimischen übrig bleibt? Welche Bedeutung behält für die Region typisches Handwerk durch die touristenkonforme Vermarktung – wie das in Plastik eingeschweißte Dirndl? Was ist noch echt oder identitätsstiftend – wohin führt die aktuelle Entwicklung?

Podium: Dominika Meindl, Tarek Leitner, Alexander Scheutz

Moderation: Eva Bauernfeind-Schimek

Ort: Bildungshaus Schloss Puchberg Puchberg 1, 4600 Wels,

Anmeldung: ☎ 07242 / 47537

M: puchberg@dioezese-linz.at

Kooperation: Fachbereich Gesellschaft und Soziales der Diözese Linz. Die Veranstaltung ist Teil des aktuellen Themenschwerpunktes „Guten Morgen, Zukunft!“ des Erwachsenenbildungsforums OÖ.

Lehrgang Politische

Erwachsenenbildung 2025

Der erste Zertifizierungslehrgang zur politischen Bildung in der Erwachsenenbildung, akkreditiert von der Weiterbildungsakademie (wba)

Motiv und Ziel

Die Erwachsenenbildung hat einen implizit politischen Charakter. Das Politische wiederum ist der explizite Fachgegenstand der politischen Bildung. Die Österreichische Gesellschaft für Politische Bildung – ÖGPB hat an der Schnittstelle dieser beiden Bereiche den Lehrgang politische Erwachsenenbildung als Aus- und Weiterbildungsprogramm mit einem verwendbaren Abschluss entwickelt. 2025 findet der dritte Durchlauf des Lehrgangs statt.

Politische Erwachsenenbildung als wissenschaftlich fundiertes Fach und als andragogische Praxis in Österreich voranzubringen, ist das wesentliche Ziel der ÖGPB. Zu diesem Zweck wartet sie mit einem Bildungsangebot auf, das sich insbesondere an die Erwachsenenbildner:innen richtet: Workshops, Trainings, Vorträge, Tagungen und Materialien, die der Vermittlung von Methoden, Inhalten und Konzepten in der politischen Bildung gewidmet sind.

Information und Anmeldung: bis Fr., 29. Nov. 2024

M: gesellschaft@politischebildung.at
<https://www.politischebildung.at/ungsangebote/lehrgang-politische-erwachsenenbildung/>

Impressum: Inhaberin Diözese Linz (Alleininhaberin)
Herausgeberin und Verlegerin: Mag.ª Lucia Göbesberger, Fachbereich Gesellschaft und Soziales, Diözese Linz, Bereich 3 Soziales & Caritas, Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz, ☎ (0732) 76 10 – 32 51
E-Mail: gesellschaft_soziales@dioezese-linz.at, www.dioezese-linz.at/soziales
Hersteller: Druckerei Haider Manuel e.U., 4274 Schönau i.M., Niederndorf 15
Verlagsort Linz, Verlagspostamt 4020 Linz/Donau, Erscheinungsort Linz
Österreichische Post AG - M202Z031665M – Diözese Linz, Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz
Die Inhalte müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.

Katholische Kirche
in Oberösterreich